

# DIE RHEINFRONT

Schriftenreihe für die Rheinfrontorte und Umgebung

HEFT 2



*Hahnheimer Schloßchen (Besitzer: Restaurator Bernhard Sucker)*

Die Weinbaugemeinde Hahnheim

BECHTOLSHEIM 1966

WSR  
XLIX  
- 2 -

# DIE RHEINFRONT

Schriftenreihe für die Rheinfrontorte und Umgebung

HEFT 2

*Das Erbgut des Grafen Adalhelm zu Hahnheim*

*Von Dr. Dr. Hans Werle*

## *Die Weinbaugemeinde Hahnheim*

*Von Josef Rick*

*Der „Landwirtschaftliche Verein für Rheinbessen“*

*unter der Präsidentschaft Heinrich von Gagerns*

*Von Gerhard Armbrüster*

BECHTOLSHEIM 1966

*Herausgeber: Josef Rick, 6509 Bechtolsheim, Bahnhofstraße 24*

*Auslieferung der Hefte nur durch den Herausgeber*

---

DRUCK: WILHELM TRAUMÜLLER – OPPENHEIM AM RHEIN

(Oppenheim 1956). — Die Effe, Rhein Hessens Gerichtsbaum (HJB 1962 Ldkrs. Alzey, S. 99—104). — Die Geschichte des rheinhessischen Weinbaus (HJB 1963 Ldkrs. Alzey, S. 53—59 und 1965, S. 41—48). — Die Bemühungen um Einführung eines einheitlichen Maß- und Gewichtsystems im Gebiet des heutigen Regierungsbezirks Rheinhessen (HJB 1964 Ldkrs. Alzey, S. 53—55). Der Weinbau an der Rheinfront (RLZ -L- 165 v. 20. 7. 1965). — Das Klischee „Hahnheimer Angelbaum“ stellte das Kreisvolksbildungswerk Alzey zur Verfügung (entnommen dem Heimat-Jahrbuch 1962). Die Titelzeichnung stammt von Reg.-Baurat Ernst Stephan, Mainz.

**Anmerkung:** Die Urkundenauszüge sind dem heutigen Sprachgebrauch angeglich (Rechtschreibung, Zeichensetzung). Lediglich beim Hahnheimer Seelbuch ließ sich dies nicht verwirklichen (Rechtschreibung). Das Manuskript wurde am 31. März 1966 abgeschlossen.

## DER „LANDWIRTSCHAFTLICHE VEREIN FÜR RHEINHESSEN“ UNTER DER PRÄSIDENTSCHAFT HEINRICH VON GAGERNS

Als sich vor nunmehr 135 Jahren, Ende 1831, der „Landwirtschaftliche Verein für Rheinhessen“ konstituierte, erregte diese Gründung selbst in den interessierten Kreisen der Landwirte außerhalb der Provinz kaum Aufsehen: dieses Datum liegt mitten in der Zeit zwischen 1815 und 1848, in der das Vereinswesen, insbesondere das landwirtschaftliche, seine Blütezeit erlebte.

Was aber den rheinhessischen Verein — neben seiner fachlichen Bedeutung für die einheimischen Landwirtschaft — aus der großen Zahl der Gründungen heraushebt, führt in die Geschichte unseren engeren Heimat unmittelbar vor Ausbruch der Revolution von 1848 und weist zugleich darüber hinaus: seit dem Jahre 1845 wurde der Verein von **Heinrich von Gagern** geleitet, dem Manne, der dann in wenigen Jahren bis zum Präsidenten der Paulskirchenversammlung aufstieg.

### DIE GRÜNDUNG

Hatten sich im 18. Jahrhundert vor allem die fürstlich privilegierten „Ökonomie-Gesellschaften“ mit der Förderung der Landwirtschaft befaßt, so entwickelte sich mit Beginn des 19. Jahrhunderts das landwirtschaftliche Vereinswesen mit seinen ersten Massenorganisationen des Bauerntums. Die Regierungen sahen ein, daß eine wirkungsvolle Förderung der Landwirtschaft durch Gesetze und Verordnungen allein nicht möglich war. Umgekehrt stoßen wir bei den Landwirten selbst auf ein wachsendes Interesse für einen „rationellen Betrieb des Ackerbaus“, wie es in zeitgenössischen Berichten heißt. Als vorbildlich sah man die englischen Verhältnisse an, wo sich schon früher Gesellschaften von Landwirten und Freunden der Landwirtschaft gebildet hatten, die durch Belehrungen und Preisverteilungen aller Art sehr fördernd wirkten. Hinzu kam, daß die Forschungsergebnisse der Landwirtschaft, die sich seit etwa 1800 immer mehr als eine eigene Wissenschaft herausgebildet hatte, an die Landwirte weitergegeben werden sollten. Die Vermittlung solcher Forschungsergebnisse an die Praxis — von botanischen, zoologischen und chemischen Grundlagen angefangen bis zur Erprobung neukonstruierter Geräte oder der Führung der landwirtschaftlichen Betriebsbuchhaltung — war den Vereinen als eine ihrer Hauptaufgaben zugeordnet. Wir finden darüber vieles in den Statuten und Rechenschaftsberichten auch des rheinhessischen Vereins.

Den ersten Anstoß zur Gründung landwirtschaftlicher Vereine im Großherzogtum Hessen-Darmstadt gab ein Vorschlag, den der Minister der Auswärtigen Angelegenheiten und der Finanzen, Freiherr du Thil, am 11. Januar 1821 veröffentlichte: „Vorschlag zu einer Ackerbau-Gesellschaft für das Großherzogtum Hessen“. Wiederbelebung und Förderung der Landwirtschaft nach der Stagnation während der napoleonischen Kriege und allgemeine Verbesserung der landwirtschaftlichen Verhältnisse und Methoden sind die beiden Grundforderungen, von denen du Thil ausgeht. Die Anregung blieb jedoch zunächst ohne Echo. Da der Verein nach du Thils

Vorstellungen ganz auf die Beiträge seiner Mitglieder angewiesen sein sollte, hätten wirkungsvolle Maßnahmen zur Verbesserung der landwirtschaftlichen Verhältnisse nur bei relativ hohen Mitgliedsbeiträgen getroffen werden können. Dies aber hielt von vornherein die meisten interessierten Landwirte von einem Beitritt ab, das Projekt scheiterte.

Mit größerer Aussicht auf Erfolg konnte du Thil seinen Plan wieder aufnehmen, als er 1829 die Leitung des Ministeriums des Innern und der Justiz übernahm und gleichzeitig zum Dirigierenden Staatsminister ernannt wurde. Jetzt wollte er eine jährliche Staatsdotations zur finanziellen Grundlage eines landwirtschaftlichen Vereins machen; 8 000 fl. wurden bewilligt. Durch diese Dotation allerdings geriet der Verein von Anfang an in staatliche Abhängigkeit, er „ward nun Staatsanstalt, deren Wirksamkeit von dem Ministerium des Innern zu leiten und zu überwachen war“<sup>1)</sup>. Diese Leitung und Überwachung des Vereins durch die Regierung zeigten sich klar in der Art und Weise seiner Gründung und in seinem Aufbau:

Ende 1831 konstituierte sich unter Leitung von Regierungskommissären in jedem der drei Landesteile des Großherzogtums ein landwirtschaftlicher „Provinzialverein“. Während die Vereine von Oberhessen und Rheinhessen ihre Präsidenten und Vorstandsmitglieder gemäß den Statuten selbst wählen durften, wurde der Präsident des Provinzialvereins von Starkenburg von der Regierung ernannt; er war zugleich stets Präsident des Gesamtvereins und bildete zusammen mit einem hauptamtlichen Sekretär die sogenannte „Centralbehörde“, die dem Justizministerium eingegliedert war. Diese sehr eigenartige Konstruktion, daß nämlich eine freiwillige Vereinigung unmittelbar von einer behördlichen Einrichtung geleitet wurde, empfanden schon die Zeitgenossen als „ungebräuchlich“. Sie bezeugt, in welchem hohem Maße die Regierung in den Angelegenheiten der Vereine mitzureden wollte – in einer Zeit wachsender Aktivität des Liberalismus verständlich – und erklärt die Spannungen, die zwischen den freigewählten Präsidenten der beiden anderen Provinzialvereine – besonders Rheinhessens – und dem regierungsamtlichen Vorstand des Gesamtvereins entstehen konnten.

#### DIE MITGLIEDER

Die Mitgliedsbeiträge waren nach Gewährung der Staatszuwendungen auf 3 Gulden jährlich bemessen worden, mit ein Grund für die Tatsache, daß der Gesamtverein nach dem ersten Jahr seines Bestehens 1 060 Mitglieder zählen konnte. Bis zum Jahre 1845 verdoppelte sich diese Zahl annähernd, aber die damalige Mitgliederzahl von 1 911 bedeutete auch für lange Jahre einen Höchststand. Die große Teuerung von 1847 und die politischen Ereignisse von 1848 ließen die Mitgliederzahl absinken: Ende 1855 zählte der Verein mit 1 470 Mitgliedern fast 450 weniger als 10 Jahre zuvor. Am Beispiel des rheinhessischen Provinzialvereins läßt sich diese Entwicklung gut veranschaulichen: 1845 zählte der Verein 454 Mitglieder. Diese Zahl blieb bis 1848 etwa konstant, sank ab 1849 stetig bis 1852 (557 –

304 – 230 – 198), und noch im Jahre 1860 zählte der Verein 100 Mitglieder weniger als 1846.

Neben den angedeuteten Ursachen für diese Entwicklung der Mitgliederzahlen spielt auch die Abwanderung zu neugegründeten Vereinen zweifellos eine Rolle. 1836 entstand ein nach dem Muster des landwirtschaftlichen Vereins organisierter Gewerbeverein, der gleichfalls 8 000 fl. aus Staatsmitteln erhielt. Weiterhin hatten sich in Darmstadt und Mainz Gartenbauvereine konstituiert, außerdem noch ein Seidenbauverein.

Besondere Schwerpunkte – was die Mitgliederzahlen betrifft – besaß der rheinhessische Verein in Mainz, Worms, Bingen, Alzey, Wörrstadt, Büdesheim, Ingelheim, Niederolm, Osthofen, Oppenheim und Monsheim. Aus nahezu jeder rheinhessischen Gemeinde war mindestens ein Einwohner Mitglied des Vereins, in kleineren Orten war gewöhnlich der Bürgermeister Vereinsmitglied. Da die Vereinsakten verloren gegangen sind, ist eine gründliche Auswertung der Struktur des Vereins nach seinen Mitgliedern leider kaum möglich. Von der sehr interessanten beruflichen Gliederung wird später noch zu sprechen sein.

#### DIE FÜHRENDEN MÄNNER

Die erste Versammlung des rheinhessischen Vereins fand am 14. November 1831 in Osthofen statt. Sie wurde von Regierungsrat Wilhelm Hesse als beauftragtem Regierungskommissar einberufen und geleitet. Die 85 anwesenden Mitglieder wählten ihn zu ihrem ersten Präsidenten. Vizepräsident wurde der Gutsbesitzer und Bürgermeister Franz Joseph Brunck aus Fürfeld, Sekretär der Notar Carl Wagner aus Niederolm.

Hesse blieb Präsident bis zu seiner Berufung als Ober-Schulrats-Direktor nach Darmstadt. Sein Nachfolger wurde 1837 der Regierungspräsident Ludwig Christian Christoph Frhr. von Lichtenberg, von 1816 bis zu seinem Tode Regierungspräsident und Territorialkommissär der Bundesfestung Mainz.

Heinrich von Gagern wurde 1838 als Nachfolger Wagners zum Vereinssekretär gewählt. Er behielt dieses Amt bis zu seiner Wahl zum Präsidenten am 12. November 1845, als er Nachfolger Lichtenbergs wurde. Er präsidierte dem Verein 4 Jahre lang. Brunck blieb Vizepräsident des Vereins von 1831 bis zu seinem Tode im Oktober 1848. Sein Nachfolger wurde der Gutsbesitzer Wilhelm Wernher aus Nierstein (bis 1859).

Unter der Präsidentschaft von Gagerns war Dr. Theodor Langen Sekretär des Vereins, er leitete ihn als Präsident von 1849 bis 1861. Allgemein anerkannt wurde vor allem, daß er den Verein nach der Revolution vor der Auflösung bewahrte.

Langens Nachfolge als Sekretär des rheinhessischen Vereins traten Carl Wagner und (ab 1853) Rudolf Schwarz aus Niederolm an.

Die Periode von 1845 bis 1849, in der Heinrich von Gagern mit seinen Gesinnungsfreunden Brunck und Dr. Langen den Verein leitete, soll im folgenden genauer betrachtet werden.

#### PRÄSIDENT HEINRICH VON GAGERN

Auf seiner außerordentlichen Generalversammlung, die nach dem Tode

des bisherigen Präsidenten Frhr. von Lichtenberg nach Wörrstadt einberufen worden war, wählte der „Landwirtschaftliche Verein für Rheinhessen“ am 12. November 1845 den Gutsbesitzer Heinrich von Gagern zu seinem neuen Vorsitzenden. Das Echo auf die Wahl war im ganzen Lande außerordentlich stark und läßt sich vielfach belegen. So schrieb Vizepräsident Brunck an den neuen Präsidenten: „Die Provinz und das ganze Land sind Ihre Schuldner und waren Ihnen Genugthuung schuldig; hier war schickliche Gelegenheit dazu, wo es sich darum handelte, den ersten Staatsdiener (Lichtenberg) . . . zu ersetzen.“<sup>2)</sup>

Welche politische Bedeutung dieser Wahl zukam und sowohl von den Freunden Gagerns als auch von der Regierung zugemessen wurde, — als Stichworte seien hier nur der Streit um die rheinhessischen Institutionen und die Erinnerung an die Rolle Gagerns in den Landtagen der dreißiger Jahre genannt — geht gleichfalls aus diesem Brief Bruncks hervor: „Nicht minder war hier Veranlassung gegeben, den Beweis zu führen, daß ein Mann durch unwürdiges Treiben in den einzelnen Wahlbezirken von Landtag verdrängt werden kann, während er das Zutrauen einer ganzen Provinz in vollem Maße genießt. In unserer rein Ackerbau treibenden Provinz war es die Elite, die Volksstimme im wahren Sinn des Worts, welche sich aussprach.“<sup>2)</sup>

Für die liberalen Kreise ganz Hessens bedeutete die Wahl Gagerns ein Signal zu neuen Angriffen gegen das autoritäre Regierungssystem und die Überwindung der seit etwa 1835 herrschenden politischen Resignation.

Der bisherige Vizepräsident Brunck erklärte sich in dieser Situation bereit, Gagern zu unterstützen und bezeichnete die neue Spitze der rheinhessischen landwirtschaftlichen Repräsentation mit Gagern, Brunck und Dr. Langen als „ein vollendetes Kleeblatt.“<sup>3)</sup>

#### DAS „KLEEBLATT“ PRÄSIDENT GAGERN — VIZEPRÄSIDENT BRUNCK — SEKRETÄR DR. LANGEN

Heinrich von Gagern, als Sohn des angesehenen Staatsmannes Hans Christoph von Gagern 1799 in Bayreuth geboren, trat nach juristischen Studien und Tätigkeit im Vorstand der Burschenschaft im Jahre 1820 in den hessendarmstädtischen Justizdienst ein. 1829 zum Regierungsrat bei der Starkenburger Provinzialregierung ernannt, wurde er im September 1832 im Wahlkreis Lorsch zum Abgeordneten für die Zweite Kammer gewählt, wo er u. a. Vorsitzender des Finanzausschusses wurde. Als der Landtag schon am 2. November 1833 wieder aufgelöst wurde, nahm Gagern, in den Ruhestand versetzt, seinen Abschied aus dem Staatsdienst. Im März 1834 wurde er abermals von seinem Wahlkreis in den Landtag entsandt. Nach der Auflösung auch dieses Landtages und Neuwahlen — alles noch im Jahre 1834 — wurde Gagern in den Wahlkreisen Hungen und Worms gewählt und trat 1835 wiederum im Landtag auf. Nach dessen Auflösung im Juni 1836 siedelte er nach Monsheim über und war hinfort als Gutsherr tätig.

Die häufigen Landtagsauflösungen bezeugen, in welchem hohem Maße sich die liberal gesinnten Kräfte den Vorstellungen der Regierung über die

Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten entgegenstellten. Einer der aktivsten Wortführer dieser Männer war Gagern; daß er mit seinem Rückzug aus der öffentlichen Politik im Jahre 1836 nicht resigniert hatte, bezeugt unter mannigfachen Belegen ein Brief Gagerns an seinen Freund Karl Buchner: „Es wäre ein Irrtum zu glauben, daß ich zu irgend einer Zeit dem politischen Interesse und der Betätigung desselben erstorben gewesen sei.“<sup>3)</sup>

Mit seiner Wahl zum Präsidenten des „Landwirtschaftlichen Vereins für Rheinhessen“ trat er wieder öffentlich in das politische Leben ein.

Franz Joseph Brunck war neben Gagern der führende Mann des Vereins im Vormärz. Er war Gutsbesitzer in Fürfeld und von 1814 bis 1836 Bürgermeister seiner Gemeinde. Eine lesenswerte Beschreibung seiner Gutswirtschaft findet sich in dem Vereinsorgan, der „Zeitschrift für die landwirtschaftlichen Vereine des Großherzogtums Hessen“, Jahrgang 1843, Nr. 4 und Nr. 6. Ein Nachlaß ist leider unauffindbar. Es existieren auch sonst nur wenige Nachrichten über Brunck. Aus einer Stammtafel aus dem Jahre 1913 geht lediglich hervor, daß sein Vater Ulrich Brunck aus Winterborn (Pfalz) stammte und daß Franz Joseph Brunck seit 3. 3. 1812 mit Eleonore Liberig verheiratet war. In mehreren Landtagen vertrat Brunck den Wahlbezirk Wöllstein. Der Verfasser der „Galerie sämtlicher Abgeordneten . . .“ schildert ihn (1834) als „natürlich, einfach, kräftig, lebens- und geschäftserfahren, körnig . . .“ und als ein „Vorbild des Bauernstandes“<sup>4)</sup>. Minister du Thil war weniger gut auf ihn zu sprechen. Er nennt ihn „stets in der Opposition, obgleich nicht Revolutionär“<sup>5)</sup>. Brunck wurde in die Frankfurter Nationalversammlung gewählt. Er starb nach kurzer Krankheit im Oktober 1848 und wurde in Frankfurt beigesetzt.

Dr. Theodor Friedrich Langen, Gutsbesitzer auf dem Windhäuser Hof bei Elsheim, der neue Sekretär des Vereins, wurde am 13. Oktober 1800 in Brüssel geboren. Nach juristischen Studien (Gießener Burschenschaftler) und der Promotion zum Dr. jur. ließ sich Langen als Anwalt in Mainz nieder, gab jedoch 1834 seinen Anwaltsberuf auf, um nur noch als Landwirt tätig zu sein. Als Abgeordneter des Wahlbezirks Ober-Ingelheim gehörte er 1832/36 und wieder 1847/49 dem Landtag an. In der „Galerie“ wird die „Milde und Gemessenheit seines Ausdrucks“ (S. 35) besonders hervorgehoben. Bei den Wahlen zur Nationalversammlung konnte sich Langen nicht durchsetzen, „da ihm offenbar die Agitation nicht lag“<sup>6)</sup>, und unterlag dem radikalen Kandidaten Schütz, einem Freund Bambergers. Er zog sich von der Politik zurück und bewirtschaftete hinfort sein Mustergut auf dem Windhäuser Hof. Dieses Gut, das mit 512 Morgen zu den 5 größten Gütern Rheinhessens gehörte, war ein Erbe seiner Gattin Adele Belluc, einer Großnichte und der Alleinerbin des Präfekten des Dep. Donnersberg, Jeanbon St. André. Im November 1849 übernahm Dr. Langen die Präsidentschaft des rheinhessischen Provinzialvereins, die er bis 1861 innehatte. In diesem Amt erwarb er sich hohes Ansehen und große Verdienste; er bewahrte den Verein vor der drohenden Auflösung und blieb dabei stets „ein Freund der rheinhessischen Gesetzgebung . . ., streng rechtlich, unabhängig in jeder Hinsicht“<sup>7)</sup>. Er starb am 9. März 1882 in Wiesbaden.

## DER VEREIN WIRD POLITISCH AKTIV

Über die politische Lage und Stimmung in Hessen bei seinem Amtsantritt im Herbst 1845 berichtet Gagern später im Landtag: „Unser ganzer öffentlicher Zustand ist eine Beschränkung der öffentlichen Meinung. Wir haben weder freie Presse noch Petitionsrecht, man nahm uns das Recht, in öffentlichen Zusammenkünften die politischen Landes- und Provinzialinteressen zu besprechen; es fehlen uns alle die Einrichtungen, welche für den konstitutionellen Staat als Bedingungen und Begleiter seiner lebensfähigen Existenz betrachtet werden“<sup>8</sup>).

Die Regierung bereitete den Entwurf eines Polizeistrafgesetzes vor und wollte die Frage der rheinhessischen Sonderinstitutionen wieder aufrollen und in ihrem Sinne lösen. Den rheinhessischen Bürgermeistern sollte die Führung der Personenstandsregister entzogen, der kirchlichen Trauung der Vorrang vor der Zivilehe gegeben werden. Die rheinhessischen Sonderrechte aus der napoleonischen Zeit sollten aufgehoben und die Gesetzgebung im ganzen Großherzogtum vereinheitlicht werden. Aus den als fortschrittlich geltenden rheinhessischen Gesetzen wurde kaum etwas in die Regierungsentwürfe für ein Bürgerliches Gesetzbuch, ein Strafgesetzbuch und ein Gesetz über das Verfahren in Rechtssachen übernommen. Die allgemeinen Polizeimaßnahmen und die Zensur wurden verschärft.

Das Echo auf die Regierungsvorlagen war nicht nur in Rheinhessen außerordentlich stark. Die Liberalen empfanden die Gesetzesentwürfe als einen gefährlichen reaktionären Vorstoß der Regierung. Sie befürchteten, daß eine erfolgreiche Verabschiedung der Gesetze andere Regierungen zu gleichem Vorgehen ermutigen würde. So ist eine Äußerung Hansemanns, des Wortführers der rheinischen Liberalen, zu verstehen, die Johann Adam von Itzstein in einem eindringlichen Appell an Gagern zitiert und bekräftigt: „... daß Rheinhessen es sei, von welchem nun die Erhaltung der kostbaren Rechte auf dem ganzen linken Rheinufer abhängt“, und er fügt im Hinblick auf Gagerns Wahl zum Präsidenten hinzu: „Das Vertrauen der Bürger hat sich Ihnen zugewendet, Sie werden mit Erfolg wirken.“<sup>9</sup>) Gagern ist ganz der Auffassung seiner Freunde. Er rügt (in einem Brief an seinen Vater), daß ausgerechnet Hessen als der kleinste Staat, der Gebiete auf beiden Rheinufern besitze, angesichts des entscheidenden Strebens nach Einheit in Deutschland „eine Partikulargesetzgebung durch alle Kategorien“ durchführen wolle, „die das Land nach allen Seiten isoliert“.

Was die Mitglieder des Landwirtschaftlichen Vereins von ihrem neuen Präsidenten erwarteten, zeigt sehr eindeutig eine Äußerung seines Freundes Wernher aus Nierstein, der ihm nach der Wahl schrieb: „Ich war keinen Augenblick zweifelhaft, daß du als Präsidium des Vereins entschlossen sein würdest, dem Verein, der bisher eine bloße Façon war, eine reale, inhaltsvollere Richtung zu geben... Verfüge über mich, wo ich darin nützlich sein kann.“<sup>10</sup>)

Der Wahl Gagerns kam also eine Bedeutung zu, die weit über die normale, geschäftsmäßige Führung des Vereins hinausging: mit der Person Gagerns

untrennbar verknüpft war für die Rheinhessen die Erinnerung an die Kämpfe der liberalen Abgeordneten unter seiner Führung in den Landtagen der dreißiger Jahre. Man betrachtete seine Wahl als einen bewußten Affront gegen die Regierung, die seine Aktivität mit großem Mißtrauen verfolgte. Sie war gewillt, Gagern bei dem geringsten „Mißbrauch“ seines Amtes die Präsidentschaft zu entziehen. Er hatte dies jedoch sehr früh erkannt und der Regierung trotz aller Aktivität keinen Anlaß zu einem direkten Eingreifen gegeben.

## SPANNUNGEN ZWISCHEN DEM „KLEEBLATT“ UND DER „CENTRALBEHÖRDE“

Von Anfang an bestand zwischen dem (ehrenamtlichen) Präsidenten der „Centralbehörde“, Geheimrat Ernst Schenck, und Gagern ein gespanntes Verhältnis. Aus einem Brief Gagerns geht hervor, daß Schenck versucht hatte, seine Wahl zu verhindern. Die Regierung wollte zunächst mit Gagern zu einer gütlichen Übereinkunft gelangen. Aber er lehnte jede Annäherung ab: „Daß man sich in Darmstadt mit mir versöhnen würde, wenn ich Pater-peccavi sagen wollte, wußte ich schon lange... Daß dies Verlangen in Darmstadt größer geworden sein muß, je bedeutender, für die Regierung stets mehr genierend meine hiesige Stellung mit jedem Tage wird, das folgt aus den Prämissen... Ich will ihnen aber das Maul sauber halten...“<sup>11</sup>).

Diese Sprache konnte Gagern führen, nachdem er kurz vorher, am 3. August 1846, in einer Rede anläßlich einer landwirtschaftlichen Preisverteilung in Osthofen einen großen persönlichen Erfolg erzielt hatte: in Gegenwart von Präsident Schenck, Sekretär Dr. Zeller, Provinzialkommissar Dalwigk und des Wormser Kreissekretärs Karl Gottfried v. Willich gen. v. Pöllnitz hatte er in seiner Rede allgemein-politische Themen berührt, „anknüpfend an Ackerbau und Zivilisation“, wie er seinem Bruder berichtet.<sup>12</sup>) Mehrere tausend Zuhörer feierten Gagern begeistert: „... was meine Person und mein Wort in Rheinhessen gilt“, schreibt er in diesem Brief, „das konnten die Herren bei der Gelegenheit mehrfach wahrnehmen.“<sup>12</sup>)

Wenige Wochen nach der Osthofener Versammlung verstarb Präsident Schenck, seine Nachfolge trat am 9. Oktober 1846 der Ministerialrat Friedrich Georg v. Bechtold an. Er war Regierungskommissar in der Zweiten Kammer, „ein derber Bürokrat vom alten System“<sup>13</sup>), der Verfasser des Entwurfs für das neue Polizeistrafgesetzbuch, das als besonders reaktionär galt. Zu ihm und seinem Kollegen Breitenbach hatte Gagern ein sehr gespanntes Verhältnis, und er spricht öfter verächtlich von „Herrn Breitenbach und Konsorten“.

## SPANNUNGEN ZWISCHEN GAGERN UND DU THIL

Der einflußreichste Gegner Gagerns war Karl Wilhelm Heinrich Frhr. du Bos du Thil, auf dessen Anregung, wie erwähnt, die Gründung der Vereine zustande gekommen war. Er galt als ein besonders eifriger Verfechter der Restaurationspolitik und besaß gute Beziehungen zu Metternich. Daß

er, der bei den Liberalen so verhaßt war, mit der Einrichtung der landwirtschaftlichen Vereine der bäuerlichen Bevölkerung einen guten Dienst erwiesen hatte, wurde auch von seinen Gegnern anerkannt. Als Gagern nun an die Spitze des „Landwirtschaftlichen Vereins für Rheinhessen“ als einer parteiähnlichen Sammlung des Liberalismus trat, spitzte sich der Konflikt zwischen den beiden Männern naturgemäß zu. Die Auseinandersetzung endete damit, daß du Thil am 6. März 1848 von allen Ämtern zurücktrat und Gagern die Leitung des Ministeriums des Innern und der auswärtigen Angelegenheiten mit dem Vorsitz im Gesamtministerium übernahm. Du Thil blieb auch nach dem Abklingen der Revolution im Ruhestand und starb 1859 in Darmstadt.

#### DER VEREIN IM KAMPF UM DIE ERHALTUNG DER RHEINHESSENISCHEN SONDERRECHTE

Aus der politischen Situation Hessens im Vormärz, aus der oppositionellen Kampf Stimmung in Rheinhessen und bei dem ständig wachsenden Ansehen Gagerns ist die einstimmige Wiederwahl des „Kleeblatts“ für die nächsten drei Jahre völlig verständlich: Die ordentliche Generalversammlung des rheinhessischen Provinzialvereins wählte am 14. Oktober 1846 den gesamten Vorstand wieder. Gagern erhielt 129 von 130 Stimmen, seine eigene hatte er Dr. Langen gegeben. In seinem Rechenschaftsbericht beklagte Gagern den geringen Raum, den die Regierung den Vereinen zur Entfaltung eigener Aktivität einräumte. Die Versammlung beschloß demonstrativ, den Bericht Gagerns ungekürzt drucken zu lassen. Kurz nach der Wiederwahl erklärte Gagern in einem Brief an seinen Freund R. Eigenbrodt offen: „Mein Bestreben geht dahin, die Zentralbehörde so sehr, als es erlaubt ist, zu entbehren. Mein in Würststadt erstatteter Rechenschaftsbericht enthält eine förmliche Anklage und Protest gegen die bürokratischen, das Vereinsleben beseitigenden Tendenzen der Regierung, respektive Zellers.“<sup>14)</sup>

Knapp zwei Wochen nach dieser eindrucksvollen Bestätigung durch die Wiederwahl griff Gagern so aktiv in die aktuelle Politik ein, daß „Gerüchte“ umgingen, „als denke man wegen Mißbrauchs seiner Präsidenteneigenschaft an seine Entfernung aus jener allerdings einflußreichen Stellung“<sup>15)</sup>. Eine Bestätigung dieser Gerüchte gab Gagern selbst in der Landtagssitzung am 1. 6. 1847: Man habe damals daran gedacht, ihn aus seiner „halboffiziellen Stellung, — als Präsident des landwirtschaftlichen Vereins —, Mißbrauch derselben zu politischen Zwecken ihm vorwerfend, zu entfernen“.

Gagern hatte nämlich am 25. Oktober 1846 einer Versammlung in Alzey präsiert, in der ein großer Teil der Anwesenden Mitglieder des Vereins waren, ein kleinerer Teil Bürger von Alzey. Die Versammlung erörterte Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der bestehenden Gesetzgebung Rheinhessens und gegen die Einführung eines neuen Zivilgesetzbuches. Gagern war mit dem Verein öffentlich an die Spitze der rheinhessischen Opposition gegen die Gesetzgebungspläne der Darmstädter Regierung getreten. Nun-

mehr spitzte sich die Auseinandersetzung um die Realisierung dieser Pläne der Regierung rasch zu: Nach dem Tode des Wormser Abgeordneten Valckenberg wählte das Wahlmännerkollegium Gagern am 30. Januar 1847 zum neuen Abgeordneten. Ihm selbst war der Eintritt in die Kammer, die sich mitten in den Beratungen befand, nicht angenehm. Er nahm jedoch die Wahl an; fortan verlegte sich das Schwergewicht seiner politischen Aktivität in den Landtag. Über den Eindruck, den die von vielen Freunden lange prophezeite Wahl Gagerns im Land und bei der Regierung machte, berichtete Hans Christoph von Gagern an seinen Sohn Friedrich: „Er (Heinrich) ist mit Oppositionsgeist wie eine Bombe geladen... Du machst Dir keine Vorstellung von dem Enthusiasmus über seine Wahl, der sich weit über seinen Wahlort, Rheinhessen, ja in alle Zeitungen à leur façon verbreitet. An solche Möglichkeit der Parteilosigkeit hätte ich nicht gedacht, sie nicht für möglich gehalten. Solchen Erwartungen will er auch demnach entsprechen, quovis modo...“<sup>16)</sup>. Wilhelm Wernher berichtete Ende Februar 1847 an Gagern, man fürchte sein Auftreten in der Kammer und wolle deshalb die Tagesordnung ändern. Den zahlreichen Diskussionsbeiträgen Gagerns bei den Verhandlungen der Kammer lagen immer wieder zwei große Zielsetzungen zugrunde, die er auch in einem Brief an Gervinus besonders hervorhebt:

1. Die Forderung nach einer allgemeinen Gesetzgebung in Deutschland; kein einzelnes Bundesland sollte einer allgemeinen Regelung für eine gesamtdeutsche Rechtsordnung vorgreifen und so den Partikularismus verewigen helfen.
2. Die Stützung und Entwicklung der Selbstverwaltung der Gemeinden als dem wirksamsten Mittel, die wachsenden Tendenzen zum Polizeistaat zu hemmen.

Im Juni 1847 wurde der Landtag vom Großherzog geschlossen; Neuwahlen wurden ausgeschrieben. Die allgemeine Stimmung und Situation im Großherzogtum zur Zeit des Wahlkampfes im Herbst 1847 wird anschaulich durch eine Äußerung Gagerns beleuchtet: „In Hessen ist bei den Wahlen ein sehr lebendiges Treiben. Das Gouvernement verliert immer mehr Terrain; die Presse ist sehr böse; der Bauer sehr ängstlich, unzufrieden und selbst aufgebracht. Niemand will mehr Staatsdiener wählen.“<sup>17)</sup>

Alle führenden Mitglieder des landwirtschaftlichen Vereins wurden in den XI. Landtag gewählt: Gagern in 3 Wahlkreisen (Worms, Pfeddersheim, Lorsch), Brunck in seinem alten Bezirk Wöllstein, ferner Dr. Langen, Wilhelm Wernher und Bürgermeister Heinrichs. Als der Landtag im Dezember 1847 eröffnet wurde, waren die Liberalen mit einer starken Anzahl von Abgeordneten in der Kammer vertreten. Gagern, Brunck und Wernher wurden zu Vorsitzenden verschiedener wichtiger Parlamentsausschüsse gewählt.

Die Auseinandersetzungen verlagerten sich von nun an in den Landtag; die dortigen Diskussionen können hier nicht behandelt werden. Der Konflikt wurde unerwartet rasch gelöst, als im Verlauf der allgemeinen Revolutionsereignisse du Thil am 5. März 1848 von allen Ämtern zurücktrat

und Gagern die Leitung der Regierungsgeschäfte übernahm. Zu den ersten Verfügungen, die er unterzeichnete, gehörte neben der Verkündigung der Presse-, Versammlungs- und Petitionsfreiheit die Aufhebung des Polizeistrafgesetzes vom 2. 11. 1847. Gleichzeitig aber trat Gagern allen radikalen Forderungen der rheinhessischen Abgeordneten um Zitz energisch entgegen und veröffentlichte an seinem ersten Amtstag folgendes gemäßigte Edikt über die rheinhessischen Institutionen: „Der Provinz Rheinhessen sind bis zur Einführung einer allgemeinen deutschen Gesetzgebung ihre Institutionen und Gesetze garantiert“<sup>18)</sup>.

Damit war der langjährige Streit, in den zuletzt auch der landwirtschaftliche Verein unter Gagern aktiv eingegriffen hatte, vorläufig beendet. Das Ziel seiner Agitation war erreicht. Gagern ging es jetzt um größere Ziele: er blickte nach Frankfurt.

### HEINRICH VON GAGERN UND DER VEREIN

Die Revolutionsereignisse von 1848 führten Heinrich von Gagern innerhalb weniger Monate über die Leitung der hessischen Regierung bis an die Spitze der Nationalversammlung. Von dieser hervorragenden Stellung her beurteilt Prof. Wentzcke Gagerns Aktivität im rheinhessischen Verein; er sieht in der Tätigkeit Gagerns einen planvollen Versuch, die Stimmung im Lande zu erkunden, neue Freunde und damit künftige Wähler zu werben, also eine sorgfältige Vorbereitung zu künftiger politischer Wirksamkeit in größerem Stil. Rückhalt und Sicherheit bot ihm dabei sein Möncheimer Gut. Seine Präsidentschaft bedeutete „ein günstiges Vorzeichen für den künftigen Absprung auf eine größere Bahn“<sup>19)</sup>. Der durch die Regierung du Thil in Bewegung gebrachte Streit um die Vereinheitlichung der Gesetzgebung hat diesen „Absprung“ sehr beschleunigt. Prof. Wentzcke vergleicht Gagern und Bismarck bezüglich ihres Verhältnisses zu den landwirtschaftlichen Vereinen: „Persönlich schuf sich der junge Gagern in den landwirtschaftlichen Vereinen — nicht anders wie wenig später Otto von Bismarck jenseits der Elbe — bewußt eine Schutztruppe.“<sup>20)</sup>

Der landwirtschaftliche Verein wurde in den Jahren der Präsidentschaft Gagerns stark verändert. Er wurde von ihm weit über seine eigentlichen Aufgaben hinausgeführt; seine fachliche Arbeit trat in den Hintergrund, politische Ziele traten hervor. Durch die Wahl des profilierten Politikers Gagern zu seinem Präsidenten im Augenblick wachsender Spannungen zur Darmstädter Regierung entschied sich der Verein selbst für politische Aktivität und Kampf.

Gagern ergriff gern die Möglichkeit, an der Spitze des Vereins wieder in der Öffentlichkeit erscheinen und die Verwirklichung seiner politischen Ideen mit Nachdruck betreiben zu können. So kam es zu dem von Gagern selbst beschriebenen Verhältnis zwischen dem Verein und ihm selbst: er wußte nicht, ob er aufgrund seines politischen Ansehens Präsident geworden war, oder ob er wachsendes politisches Ansehen genoß, weil er Präsident war — wohl beides. Im Streit um die rheinhessischen Sonderrechte

waren Gagerns Ziele mit den Wünschen der Vereinsmitglieder identisch. Es war deshalb nicht überflüssig, neben der Agitation des Vereins auch den Landtag kurz zu beachten, wo Gagern zusammen mit den führenden Männern des Vereins als Wortführer aller liberalen Strömungen wirkte.

### PRAKTISCHE TÄTIGKEIT DES VEREINS

Neben allen politischen Aspekten darf nicht vergessen werden, daß Gagern den Verein in seinen eigentlichen, fachlichen Zielen mit großer Energie gefördert und ausgebaut hat:

Am 9. März 1846 leitete er die erste Ausschußsitzung des Vereins in Wörrstadt. Er gab einen Bericht über die Vereinstätigkeit seit seiner Wahl, erörterte mit den Ausschußmitgliedern Fragen der landwirtschaftlichen Praxis (Preisverteilungen, Errichtung einer Viehversicherungsanstalt und eines Lesezirkels) und beriet mit ihnen das Vereinsbudget für das Jahr 1846. Der von der Zentralbehörde genehmigte Haushaltsplan wurde von Gagern im Juni 1846 in der Vereinszeitschrift veröffentlicht. Er gibt einen guten Einblick in die Zusammensetzung der Vereinsmittel. An Einnahmen verzeichnete der Verein 4 050 fl. Sie setzen sich wie folgt zusammen:

Beiträge der Vereinsmitglieder	1 260 fl.
Überschüsse aus den Vorjahren	1 740 fl.
Staatsdotation für 1846	1 000 fl.
Mitgliedsbeiträge aus dem Lesezirkel	50 fl.

In der Aufstellung der Ausgaben (4 050 fl.) fällt auf, daß die Mittel des Staatsfonds — wie in den Statuten vorgesehen — nur für bestimmte Ausgabenposten eingesetzt sind:

Ankauf von Schweizer Zuchtvieh	400 fl.
Prämien für Zuchtvieh	300 fl.
Ausbildung junger Hufschmiede	200 fl.
kleinere Preise	100 fl.

Aus seinen eigenen Einkünften trug der Verein

die Kosten für die Vereinsführung	200 fl.
die Kosten für die Anschaffung von Modellen	400 fl.
den Zuschuß zur Vereinszeitschrift	500 fl.
die Ausgaben für Prämien bei landw. Wettbewerben	250 fl.
das Gehalt eines Wiesenbautechnikers	500 fl.
Druckkostenzuschüsse für landw. Schriften	350 fl.
die Kosten für die Erweiterung der Bibliothek	300 fl.
die Preise für verdiente Dienstboten	150 fl.
die Unterstützung bedürftiger junger Arbeiter	500 fl.
Wanderprämien für junge Landwirte	100 fl.

Diese Übersicht veranschaulicht zugleich, wie sehr der Verein — mit seinen begrenzten Mitteln — fördernd und helfend in allen Bereichen des bäuerlichen Lebens wirkte.

Auf dem Programm einer anderen Ausschußsitzung in Oppenheim standen z. B. die Besprechung einer geplanten Preisverteilung in Osthofen,



ein Vortrag Wilhelm Wernhers über die Bewertungen bei Viehprämierungen, die Aufnahme neuer Mitglieder und verschiedene praktische Einzelfragen.

Insgesamt leitete Gagern während seiner Amtszeit 7 Ausschußsitzungen, die jeweils abwechselnd in Oppenheim und Würzburg stattfanden. 1848 fand keine Ausschußsitzung statt, auch die Generalversammlung fiel aus. Eine besondere Einrichtung des rheinhessischen Vereins war der sogenannte „Lesezirkel“. 1840 zunächst für die Mitglieder des Ausschusses gegründet, 1846 auf alle Mitglieder erweitert, sollten in diesem Interessenskreis Bücher und Zeitschriften zirkulieren. Der Bibliotheksbestand an landwirtschaftlicher Fachliteratur war in der Mainzer Stadtbibliothek untergebracht. In einem Vertrag mit der Stadt Mainz erklärte sich der Verein bereit, als Gegenleistung für die Unterbringung seiner Bücher seine Bestände der allgemeinen Ausleihe an das Publikum zur Verfügung zu stellen. Es handelte sich insgesamt um etwa 300 Fachbücher und 19 Zeitschriften, die laufend gehalten wurden. Später kam auch eine Modellsammlung des Vereins zustande, für die ein Raum im Kurfürstlichen Schloß zur Verfügung gestellt wurde.

Das bedeutsamste Ereignis für die Vereine während des Revolutionsjahres 1848 war ein Kongreß von Abgeordneten der meisten deutschen landwirtschaftlichen Vereine, der vom 6. bis 14. November in Frankfurt/Main stattfand. Präsident v. Bechtold vertrat die Zentralbehörde, Gagern den rheinhessischen Provinzialverein. Die Landwirte forderten einheitliche Regelung der Zölle, Patente, Maße, Münzen und Gewichte und erörterten Fragen der Auswanderung, der Kolonisation und der Förderung des Vereinswesens. Man forderte „über ganz Deutschland auszudehnende Vereine“, die allen Landwirten offenstehen sollten. Alle diese Bemühungen führten nicht mehr zum Erfolg und verliefen nach dem Scheitern der Revolution im Sande.

#### DER AUSKLANG:

##### DIE GENERALVERSAMMLUNG VOM 15. NOVEMBER 1849

Auf dieser Versammlung in Würzburg waren Neuwahlen fällig; die Amtszeit Gagerns war abgelaufen.

Gagern erhielt von 91 abgegebenen Stimmen 53, er lehnte jedoch die Annahme der Wahl wegen Arbeitsüberlastung ab und empfahl Dr. Langen als seinen Nachfolger. Daraufhin wurde dieser mit 53 von 76 Stimmen bei zahlreichen Enthaltungen zum neuen Präsidenten gewählt. Wilhelm Wernher erhielt 44 von 68 Stimmen für die Vizepräsidentschaft. Gagern wurde für seinen Kanton Pfeddersheim in den Ausschuß gewählt.

Das im Vergleich zu den früheren Wahlen auffallend schwache Votum für Gagern (58,2 %) läßt sich aus den politischen Verhältnissen im Herbst 1849 erklären: ein Vergleich der Berichte über die Wahl in zwei politisch entgegengesetzten Blättern, der „Mainzer Zeitung“ und dem „Mainzer Journal“, zeigt, daß die Wahl eindeutig unter politischen Vorzeichen stand

und daß die Mitglieder des Vereins in zwei Lager gespalten waren. Die „Mainzer Zeitung“ hielt in ihrem Bericht vom 20. November 1849 die Wahl Gagerns überhaupt nur für möglich, weil von den 400 Mitgliedern über 300 aus Interesselosigkeit gar nicht zur Wahl erschienen waren und es nur so der „s. g. konstitutionellen Partei“ (Gagerns) möglich gewesen sei, in der Abstimmung zu siegen. Der „traurige Sieg“ habe Gagern veranlaßt, seine Wahl abzulehnen. Dagegen schildert das „Mainzer Journal“, wie die „s. g. Demokraten“ zwar alles aufgebieten hätten, um Gagern zu stürzen, daß ihnen jedoch dieser Versuch völlig mißlungen sei. Die Wahl Gagerns wird als ein „erfreulicher Sieg der constitutionellen Sache“ bezeichnet, die Landwirte hätten den „rabulistischen Maulhelden“ eine Abfuhr erteilt. Daß Gagern, wie die Zeitung meint, „mit imposanter Majorität“ zum Präsidenten gewählt worden sei – das „Journal“ verschweigt die Wahlergebnisse –, kann man wohl kaum behaupten. Aufschlußreicher ist die Mitteilung, „die gefeierten Namen und Persönlichkeiten der anwesenden ‚Bürger‘ Mohr von Ober-Ingelheim und Mathy von Freilaubersheim“ seien von der demokratischen Partei für die Stellen des Präsidenten und des Vizepräsidenten des Vereins in Aussicht genommen worden. Angesichts dieser Gegner ist auch der relativ bescheidene Sieg Gagerns, Langens und Wernhers als ein Erfolg der gemäßigten „Konstitutionellen“ zu betrachten. Wie stark die Spannungen zwischen diesen beiden Parteien 1848/49 waren, zeigt die Rede, die Bamberger bei einer Gedenkfeier für Robert Blum hielt. Er bezeichnet darin Gagern und seine Freunde als die „tieferen Urheber“ und „Mitschuldigen des Mordes“, die „Feinde des Volks“ und nennt Gagern „den, welcher sich den Edlen nennen läßt“.

Die Auswirkungen der parteipolitischen Spaltung des Vereins zeigten sich sehr deutlich in dem Rückgang der Mitgliederzahlen: von den drei hessischen Provinzialvereinen hatte der rheinhessische den prozentual weitaus stärksten Verlust an Mitgliedern zu verzeichnen. Während die Mitgliederzahlen in Oberhessen und Starkenburg vom Jahr 1848 bis zum Jahre 1852 um etwa 27 Prozent sanken, verzeichnete der rheinhessische Verein eine Abnahme um rund 55 Prozent. Noch 1855 zählte der Verein mit 286 Mitgliedern 1 Mitglied weniger als im Gründungsjahr 1831.

Zahlreiche Mitglieder zählten selbst nicht zu den Landwirten. Sie waren dem Verein als interessierte Freunde und Förderer beigetreten und sympathisierten mit seiner öffentlich-politischen Haltung. Ihre Enttäuschung über das Scheitern der Revolution war besonders groß, es läßt sich deutlich an der überdurchschnittlichen Zahl von Austritten aus dem Verein nach 1848 ablesen: von 18 Pfarrern (1846) blieben nach der Revolution noch 3, von 12 Ärzten noch 5, von 9 Notaren und 5 Lehrern noch je 1 als Mitglieder im Verein.

Ein deutliches Zeichen für den allgemeinen Rückgang des Vereins nach der Revolution war auch die auffallend schwach besuchte Vollversammlung vom 15. November 1849, auf der immerhin die Neuwahl des Präsidenten fällig war. Ein großer Teil der Vereinsmitglieder nahm nicht mehr aktiv an

der Vereinsarbeit teil. Die Wahlergebnisse dieser Versammlung zeigten, daß die Einheit des Vereins vom Vormärz verloren gegangen war.

Der Verein war in seinem Bestand gefährdet, und Gagern mahnte schon vor der Wahl in seinem Rechenschaftsbericht die Versammelten in eindringlicher Weise: „ . . . um so wichtiger wird das Anerkenntnis und Heilighalten eines neutralen Bodens, auf welchem die Parteien zu gemeinnützigen, nicht politischen Zwecken noch zusammenwirken können“. <sup>20)</sup>

Es war angesichts der Spaltung des Vereins in zwei unversöhnliche Parteigruppen nicht verwunderlich, daß Gagern die Annahme der Wahl ablehnte. Eine wirkungsvolle, einheitliche Führung des Vereins wäre nicht möglich gewesen. Es war die beste Lösung, die Leitung des Vereins Dr. Langen zu übergeben, der nur wenig in die Parteikämpfe verwickelt war. Dadurch und durch besondere Betonung der fachlichen Aufgaben war es am ehesten möglich, den Verein politisch wieder zu „entschärfen“. Diese Aufgabe konnte Dr. Langen mit Unterstützung seines gemäßigt-liberalen Gesinnungsfreundes Wernher voll und ganz erfüllen.

Die Jahre des bedeutsamen politischen Wirkens des „Landwirtschaftlichen Vereins für Rheinhessen“ unter seinem Präsidenten Heinrich von Gagern waren vorüber.

#### NACHWEIS DER ZITIERTEN QUELLEN

- 1) du Bos du Thil, Karl Wilhelm Heinrich, Freiherr von, Denkwürdigkeiten (1803 — 1848). Hrsgg. von Heinrich Ulmann = Deutsche Geschichtsquellen des XIX. Jhdts., Bd. 3, 1921, S. 371
- 2) Brief Bruncks vom 18. 11. 1845 an Heinrich von Gagern, ungedruckt, Nachlaß Gagern
- 3) Paul Wentzcke — Wolfgang Klötzer, Deutscher Liberalismus im Vormärz. Heinrich von Gagern, Briefe und Reden 1815 — 1848. 1959, hier S. 332/333 (Nr. 202)
- 4) Gallerie sämtlicher Abgeordneten in Darmstadt, oder kurze Biographien und Charakteristiken derselben. Hanau 1834, S. 10
- 5) du Bos du Thil, s. Nr. 1, S. 221
- 6) Hessische Biographien, Bd. III, 1934, S. 315
- 7) ebda., S. 314
- 8) Verhandlungen der zweiten Kammer der Landstände des Großherzogtums Hessen im Jahre 1844/47. Von ihr selbst amtlich herausgegeben. Protokolle Band 11, 1847, hier: S. 23
- 9) abgedruckt in: Dt. Liberalismus . . . , s. Nr. 3, Nr. 201, S. 331/2
- 10) Brief Wilhelm Wernhers an Heinrich von Gagern, ungedruckt, Nachlaß Gagern
- 11) Brief Gagerns an seinen Bruder Max vom 6. 8. 1846, s. Nr. 3, Nr. 197
- 12) ebda., Nr. 197
- 13) Germania. Die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der deutschen Nation. Band 2, 1852, S. 299
- 14) Brief vom 14. 11. 1846, s. Nr. 3, Nr. 204
- 15) Karl Buchner, Heinrich von Gagern, in: Die Männer des Volks, Bd. 3, 1847, S. 131
- 16) Brief vom 20. 2. 1847, in: Nr. 3, Nr. 238
- 17) Brief Gagerns an seinen Vater vom 13. 9. 1847, s. Nr. 3, Nr. 253
- 18) Großherzoglich Hessisches Regierungsblatt vom 6. 3. 1848, S. 66
- 19) Paul Wentzcke, Entscheidende Jahre des Vormärz. 1959, S. 168
- 20) ebda., S. 21

UB-Mainz



75785037